Mittwoch, 7. Dezember 1921 * 50. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 40 Pf.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 564 * Ausgabe B Nr. 280
Ausgabe für Berlin Nr. 564

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Konferenz Briand-Curzon vertagt.

Der deutsche Botschafter in Paris nach Berlin gereist.

Gerüchte über ein Moratorium für drei Jahre. — Reise Loucheurs nach London?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 7. Dezember.

Der deutsche Botschafter Dr. Mayer ist gestern mittag nach Berlin gereist. Staatssekretär Fischer hat sich gleichfalls nach Berlin begeben.

Im „Oeuvre" wird mitgeteilt, daß die Zusammenkunft zwischen Briand und Lord Curzon, die erst am Sonnabend stattfinden sollte, auf mehrere Tage verschoben worden ist. Es werde die Frage erwogen, ob es sich nicht empfehle, die Ministerzusammenkunft durch Entsendung eines französischen Delegierten nach London vorzubereiten, der die Aufgabe hätte, mit den Sachverständigen des englischen Finanzamtes über die Reparationskommission und besonders über die Verhandlungen mit Rathenau und Stinnes zu sprechen. Für diese Mission sei Herr Loucheur in Aussicht genommen. Es steht aber noch nicht fest, ob diese Idee zur Ausführung kommt.

Paris, 7. Dezember. (W. T. B.)

Die französische Regierung hat gestern die letzte englische Note über den französisch-türkischen Vertrag beantwortet. Nach dem „Matin" ist die Antwort außerordentlich höflich gehalten und erklärt, die französische Regierung sei bereit, jeden englischen Vorschlag, der zur Pazifizierung des Orients führen könne, zu beraten.

Da Lloyd George darauf verzichtete, nach Washington zu gehen, glaubt man in Kreisen des Foreign Office, daß er persönlich der Konferenz zwischen Briand, Lord Curzon und Della Torretta beiwohnen würde. Obwohl der Ort für diese Konferenz noch nicht bestimmt ist, glaubt man, daß sie in London oder in einem französischen oder englischen Küstenorte abgehalten werden wird.

London, 6. Dezember. (W. T. B.)

Die Blätter melden, das aufsehenerregende Steigen der Mark zum Schluß der heutigen Börse sei auf ein Gerücht zurückzuführen, daß Deutschland ein Moratorium für drei Jahre gewährt worden sei, und auf gemeldete Markankäufe in New-York.

Reuter erfährt, daß die französische und die italienische Regierung große Befriedigung über die Aussicht einer Zusammenkunft der Minister des Aeußern von England, Frankreich und Italien zur Erörterung des Orientproblems ausgedrückt haben. Wahrscheinlich könne die Konferenz nicht vornächster Woche zusammentreten. Es sei sehr wahrscheinlich, daß die Frage der deutschen Reparationen zur Erörterung komme.

Die deutsche Hilfe beim Wiederaufbau.

Eine ungünstige Abstimmung im Sommegebiet.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 7. Dezember.

Einige Zeitungen teilen mit, daß die Untersuchungen, die auf Veranlassung des Ministers Loucheur im Sommegebiet angestellt wurden, um die Ansichten der Bevölkerung über die deutsche Hilfe beim Wiederaufbau zu erfahren, ein für den Aufbauplan der Gewerkschaften ungünstiges Resultat ergeben haben. Der Präfekt des Sommedepartements, Norais, hat von 400 geschädigten Familien, die am Aufbau der elf Dörfer in der Gegend von Chaulnes hauptsächlich interessiert sind, 368 befragt. 149 Familien, also 49 Prozent, waren für die deutsche Hilfe, 154, also 51 Prozent, haben sich gegen die deutsche Mitarbeit ausgesprochen. Es wird gesagt, daß die Befragung nach einer objektiven Aufklärung durch den Präfekten erfolgt sei, der ebenso auf die Vorteile wie auf die Nachteile der deutschen Mitarbeit hingewiesen habe. Die dagegen waren, scheinen Zwischenfälle befürchtet zu haben, die bei dem freien Verkehr mit den deutschen Arbeitern entstehen könnten. Die Voraussetzungen, die Loucheur für seine Einwilligung verlangt hat, seien also nicht erfüllt; er habe gesagt, daß wenigstens 80 Prozent der Geschädigten für die deutsche Mitarbeit sein müßten, wenn das Experiment gewagt werden sollte. Diese Mitteilung, die nicht von Loucheur ausgegangen scheint, beweist, daß die von dem Präfekten des Sommegebietes angestellten Untersuchungen doch nicht ganz einwandfrei gewesen zu sein scheinen. Die Stimmenzahl für und wider den Aufbau durch Deutsche ist ungefähr zur Hälfte geteilt. Wahrscheinlich wäre das Verhältnis ein anderes gewesen, wenn Norais auch noch die übrigen 97 Familien befragt hätte, die er aus hier nicht angegebenen Gründen übergangen hat. Eine Untersuchung der französischen Gewerkschaften hätte in jedem Falle ein ganz anderes Resultat ergeben. Es ist nicht anzunehmen, daß mit dieser offiziellen Erklärung der Versuch des Wiederaufbaues im Sommegebiet unter deutscher Hilfe endgültig erledigt ist.

Dollar: 195—215.

Der Dollarkurs war an der heutigen Börse starken Schwankungen ausgesetzt, die sich aber um eine gegen den gestrigen Kurs ermäßigte Basis bewegten. Die offizielle gestrige Notiz lautete 227. Die New-Yorker Notierung von gestern blieb unter der Berliner Parität, so daß bereits die ersten Berliner Kurse eine beträchtliche Abschwächung bis auf 195 brachten. Die Berliner Börse steht stark unter dem Eindruck der Londoner Besprechungen und sie will bereits von der Gewährung eines Moratoriums wissen. Die Schwankungen des Dollar bewegten sich zwischen 195 und 215.

Der irische Friede.

J. S. Der Friedensschluß zwischen England und Sinnfein ist gekommen wie das Glück in der Nacht. Noch am Montag waren die Londoner Zeitungen, konservative wie liberale, einstimmig der Meinung, daß die Aussichten einer Einigung höchst trübe seien. Man habe sich auf eine negativ motivierte Ablehnung aus dem Dubliner Mansion House auf die letzten, die wirklich allerletzten Vorschläge des Londoner Kabinetts gefaßt zu machen. Im Januar werde das Parlament aufgelöst werden. Am Dienstag früh war alles anders, und nun war plötzlich der Sinn der Rede De Valeras klar geworden, der am Sonntag in Galway in doppelsinniger Weise gesagt hatte: „Freiheit ist noch nie ohne Opfer gewonnen worden, und das Land muß jetzt wie in der Vergangenheit bereit sein, Opfern ins Auge zu sehen." Der irische Präsident hat damit, wie man jetzt sieht, nicht neue blutige Opfer, sondern Konzessionen bei den Verhandlungen gemeint. Seine Unterhändler haben die goldenen Brücken, die ihnen Lloyd George nach der Ablehnung Ulsters in der vorigen Woche gebaut hatte, betreten. Aus dem Waffenstillstande, der der wütenden irischen Bürgerkrieg im Sommer beendet hat, ist ein Friedensvertrag geworden, der die Rückkehr zu dem Kämpfen und Morden, Plündern und Brennen auf der unglücklichen Insel ausschließt. Die beiden Völker sind damit der Lösung der irischen Frage, dieses jahrhundertealten Problems, das wirklich in den letzten vierzig Jahren die ganze innere Politik Englands fast ausgefüllt und überschattet hat, um einen entscheidenden Schritt nähergekommen.

Aber man darf nicht übersehen: die Lösung ist damit noch nicht perfekt. Es ist, damit der neue Status ins Leben trete und funktioniere, noch dreierlei nötig: die Zustimmung des südirischen und des britischen Parlaments, die anscheinend den beiden vertragschließenden Regierungen wenig Sorge macht und vor allem die Zustimmung Ulsters. Ob diese erfolgt, das ist die große Frage. Die Verantwortung, die die Ulstermänner auf sich laden, ist ungeheuer. Lehnen sie auch jetzt noch ab, so zeigen sie deutlich, daß es ihnen weniger auf die Wahrung ihrer Rechte und Interessen, als auf die Zerstörung der Rechte und der Interessen der anderen, der Mehrheit Irlands sowohl als Großbritanniens, ankommt. Dann ist es klar, daß sie dem Reiche die Wiederaufnahme der schamlosen Politik der Ausrottung zumuten möchten, die einst Cromwell betrieben und die Macaulay in seiner berühmten Unterhausrede ironisch als „klug und stark, aufrichtig und grausam" bezeichnet hat. Dann ist bewiesen, daß sie nichts als die Fortsetzung jener Mißregierung wünschen, die nach desselben Historikers Worten die Geschichte Irlands dauernd ohne Unterbrechung von Heinrich dem Zweiten bis zu Wilhelm dem Vierten ausgefüllt. Einen Vorwand zur Ablehnung hat Ulster heute nicht mehr. Sinnfein hat die Forderung der zwangsweisen Unterstellung Ulsters unter das allirische Parlament fallen lassen. Es ist den Vertretern Ulsters die Freiheit gelassen, in einer Adresse an die Krone den Ausschluß seines Gebietes aus dem irischen Freistaat zu verlangen. In diesem Fall wird eine Grenze zwischen Nord- und Südirland festgesetzt werden. Unter diesen Umständen verdienen die Nachrichten Vertrauen, daß die Grundzüge des neuen Abkommens auch dem Kabinett Sir James Craigs annehmbar erscheinen. Es darf nicht übersehen werden, daß mit großer staatsmännischer Klugheit Sinnfein es verstanden hat, die ganze Verantwortung für ein Scheitern der Verständigung auf Ulster zu schieben. Hat das englische Parlament die neue Home-Rule-Vorlage angenommen, so ist sie Gesetz, und von einer Auflehnung gegen dies Gesetz, die gewaltsam niederzuwerfen wäre, kann dann nur noch auf Seite Ulsters und nicht Südirlands die Rede sein. Soweit wird diesmal Ulster schwerlich gehen wollen. Man kann nicht anders, als der Zähigkeit und dem Geschick aller drei Parteien Anerkennung zu zollen, die die unsäglich schwierige und verwickelte Frage schließlich doch auf Formeln zu reduzieren vermochten, die einen Ausgleich fast unversöhnlicher Gegensätze in Aussicht stellen.

Jeder Menschenfreund, jeder Freund freiheitlicher Entwicklung und der Gerechtigkeit kann nicht anders, als beide Völker, Engländer wie Iren, von Herzen beglückwünschen zu dem Ergebnis, das bestimmt ist, zum Himmel schreiendes Unrecht von Jahrhunderten wieder gut zu machen und Frieden, Einvernehmen und Gedeihen an Stelle von Haß, Mord und Zerstörung zu setzen. Das irische Volk hat, wenn der Vertrag endgültig zustande kommt, wirklich seine lange, heiß und unter unsäglichen Leiden erstrittene Freiheit errungen. Die Bezeichnung „Free State", die ihm als Gebiet des britischen Reiches zugestanden ist, ist kein leeres Wort. Das hat die bald zwei Jahrzehnte alte Geschichte der südafrikanischen Union bewiesen, in die die „Oranje-Kolonie" ja auch wieder mit ihrem alten Namen Freistaat aufgenommen worden ist. Warum sollte Irland nicht mit dem Status der Dominions zufrieden sein, nachdem vor gar nicht langer Zeit gerade Bonar Law, bis gestern Stab und Stecken und die Hoffnung der wütendsten Ulstermänner, erklärt hat, niemand könne es den Dominions verwehren, wenn sie einmal ihren Austritt aus dem britischen Reiche erklären. In dem Irlandabkommen stehen solcher Auslegung zwar einige militärische Kautelen entgegen, aber für die innere Freiheit Südirlands sind alle Bürgschaften gegeben. Es hat wirklich alles erhalten, was es von dem Nachbarvolke vernünftigerweise erwarten konnte. Wie viel mehr hat es nun in festen Händen, als alles, womit die O'Connell, die Parnell und die Redmond sich mit tausend Freuden zufrieden gegeben hätten! Wie viel mehr, als alle die Homerulegesetze der Gladstone- und Asquith-Kabinette von 1886, 1893 und 1912 ihm zugestanden, in denen über aller Selbstverwaltung noch der Vizekönig im Dubliner Schlosse mit seinem Veto gegen die Beschlüsse des irischen Parlaments erhalten war! Das Kabinett von Dail Eireann hätte auch seine Zustimmung zu der Abmachung vom 6. Dezember nicht gegeben, wenn es nicht wüßte, daß es damit einen großen Erfolg davonträgt und dem

Die Einstellung der Zeitungen droht.

Kohlennot der Zeitungsdruckpapierfabriken.

Vor einigen Tagen hat fast die gesamte Presse die Oeffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, daß infolge mangelhafter Wagenstellung die Zufuhr von Zeitungsdruckpapier nach Berlin gefährdet ist. Dieser Notstand ist noch nicht behoben und schon droht der Berliner Presse eine neue, nicht geringere Gefahr. Wie der Verband deutscher Druckpapierfabriken der Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger mitteilt, sind **eine Reihe von Zeitungsdruckpapierfabriken wegen Kohlenmangels bereits zum Stillstand gekommen,** eine Anzahl anderer haben einzelne Maschinen abstellen müssen. Die Papierfabriken C. F. Leonhard in Niederschlema stehen gänzlich, die große sächsische Papierfabrik von Küdler u. Niethammer in Kriebstein teilweise, ebenso wie die Papierfabrik Sebnitz. Die Weisenbachfabrik C. Hoffmann u. Co und die Fabriken Albruck und Ettringen stehen dicht vor dem Stillstand. Wird hier nicht umgehend vom Reichsverkehrsministerium und vom Reichskohlenkommissar Abhilfe geschaffen, so **wird Berlin in den nächsten Tagen ohne Zeitungen sein.**

Wir richten nunmehr an die gesamte Reichsregierung das dringende Ersuchen, sich für diese Angelegenheit auf das lebhafteste zu interessieren, da es sich hier nicht um eine privatwirtschaftliche Frage, sondern um eine Angelegenheit von größter politischer und nationaler Tragweite handelt. Der Herr Reichskanzler hat in seiner Rede am letzten Sonntag so treffende Worte über die Bedeutung und die vaterländische Notwendigkeit der Presse gefunden, daß man wohl erwarten darf, daß er nichts unversucht lassen wird, um die Einstellung des Erscheinens der Presse mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern!

Das neue belgische Kabinett.

Theunis Präsident, Jaspar Außenminister.

(Telegramm.)

Brüssel, 7. Dezember. (E. E.)

Theunis hat die Bildung des belgischen Kabinetts übernommen. Folgende Ministerliste wird mitgeteilt: Ministerpräsident und Finanzen: Theunis; auswärtige Angelegenheiten: Jaspar; nationale Verteidigung: Devèze; Eisenbahnen: Neujean; Kolonien: Forthomme; Justiz: van de Vyvere; Wirtschaftsangelegenheiten: Poullet; Ackerbau: Baron Ruzette; Inneres: Berryer; Industrie und Arbeit: Muhais; Wissenschaft und Kunst: Segers.

Kammersieg Bonomis.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 7. Dezember.

In der Kammer verteidigte Bonomi die Regierungspolitik gegenüber den Kommunisten. Den Fascistenkongreß zu verbieten, sei unmöglich gewesen, ebenso eine Untersuchung der nach Rom gekommenen Fascistenscharen auf Waffen oder ein Verbot des Fascistenumzugs. Solche Maßregeln hätten Blutvergießen heraufbeschwören können. Doch sei es den Behörden gelungen, die Fascisten von einem Eindringen in die Arbeiterquartiere abzuhalten. Die Regierung werde sowohl gegen fascistische wie gegen kommunistische Gewalttaten den Strafkodex anwenden und auch keine Streiks der öffentlichen Betriebe mehr dulden.

Die Abstimmung ergab für die Regierung 251, gegen die Regierung 105 Stimmen bei 65 Enthaltungen. Das Kabinett Bonomi ist also völlig gesichert.

Annahme des amerikanischen Abrüstungsvorschlags durch Japan.

Washington, 7. Dezember. (E. E.)

Der japanische kaiserliche Beirat teilte mit, daß er den Vorschlag des Staatssekretärs Hughes für die Herabsetzung der Schiffsbauten nach dem Verhältnis von 5:5:3 angenommen habe. Mit dieser Tatsache wird der heutigen vierten Sitzung der Konferenz ein bedeutender Erfolg gesichert, und die Arbeiten in Washington werden nunmehr einen raschen Verlauf nehmen. Ganz bedingungslos scheint aber Japan die amerikanischen Vorschläge nicht angenommen zu haben.

Ueber die entscheidenden Verhandlungen, die dazu führten, daß sich Japan zur Annahme der amerikanischen Vorschläge entschloß, erfährt man, daß bei den Besprechungen, die am Sonnabend zwischen Hughes, Balfour und Admiral Kato stattfanden, **England und Amerika ein Ultimatum an Japan richteten,** in dem Japan erklärt wurde, daß die Konferenz geschlossen werden würde, falls sich die Regierung von Tokio nicht zur Annahme der amerikanischen Vorschläge verstehen wolle. Japan müßte dann die Verantwortlichkeit für diesen Bruch tragen. **Wenn Japan jedoch zustimmte, sollten ihm zugestanden werden: 1. die sofortige Aufgabe der englisch-japanischen Allianz, wofür aber 2. Vereinbarungen zwischen den Vereinigten Staaten, England und Japan getroffen werden sollten,** durch die den genannten Mächten die Unversehrtheit ihres Gebietes im Pazifischen Ozean garantiert werden sollte. 3. Gemäß dem japanischen Vorschlage soll ein Finanzkonsortium, aus den Vertretern Japans, Englands, Amerikas und Frankreichs bestehend, eingerichtet werden, um den Wiederaufbau und die Entwicklung Chinas zu sichern.